

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und FDP**

**– Drucksachen 20/12805, 20/13413 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich in einer anhaltenden schweren Migrationskrise. Bereits zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts ist unser Land mit der größten Zahl von Asylbewerbern und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert. Seit Anfang 2022 sind, zusätzlich zu knapp 1,2 Millionen Ukrainern, aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie mehr als 700.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Unser Land war und ist im EU-Vergleich nicht nur Hauptzielland von illegaler Migration, sondern auch überproportional belastet.

Die viel zu zögerlichen Maßnahmen der Bundesregierung haben bislang kaum Wirkung gezeigt. Mit 160.000 Asylerstanträgen allein in den ersten acht Monaten wird dieses Jahr voraussichtlich zu den sechs zugangsstärksten Jahren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zählen. Die Folgen sind bundesweit vor Ort in den Kommunen unübersehbar: Deutschlands Aufnahme- und Integrationskapazitäten sind erschöpft. Schulen und Kindergärten, Arztpraxen und Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr – tagtäglich wird deutlich, dass die Belastungsgrenzen überschritten sind.

Längst ist die Migration nach Deutschland auch zu einem Problem für die innere Sicherheit geworden. Das zeigt nicht nur die hohe Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, die sich in den vergangenen Monaten in den schrecklichen Anschlägen eines abgelehnten afghanischen Asylbewerbers in Mannheim und eines syrischen Asylbewerbers in Solingen manifestiert hat. Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik zeichnet ein klares Bild: Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger lag im vergangenen Jahr bei 41 Prozent – bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von etwa 17 Prozent.

Nach Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bleibt die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrecht-

erhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit von europäischem Recht u. a. in den Bereichen Asyl und Grenzschutz unberührt.

Angesichts der aktuellen gravierenden Migrations- und Sicherheitslage hat Deutschland eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 72 AEUV erreicht. Unsere innere Sicherheit und öffentliche Ordnung sind in erheblichem Maße durch die illegale Asylumigration nach Deutschland bedroht. Das europäische Asylrecht, insbesondere die sogenannte Dublin-III-Verordnung, schafft dafür faktisch gerade keine Abhilfe: Bundeskanzler Scholz selbst hat in seiner Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 22. Juni 2023 im Deutschen Bundestag erklärt, dass „unser bisheriges System völlig dysfunktional ist“.

Umfassende Zurückweisungen an den deutschen Binnengrenzen sind demnach rechtlich zulässig, sie sind praktisch möglich und mit Blick auf die gegenwärtige Lage jetzt geboten. Bislang hat die Bundesregierung keinen Vorschlag vorgelegt, der dieser notwendigen Maßnahme auch nur annähernd entspricht. Insbesondere handelt es sich bei dem von Bundesinnenministerin Faeser am 10. September 2024 vorgestellten Verfahren nicht um Zurückweisungen an der Grenze, sondern um grenznahe Dublin-Verfahren, die Rücküberstellungs-Hindernisse (Zustimmungserfordernis des anderen Mitgliedstaats, Gerichtsverfahren) nicht beseitigen und daher keine rasche, spürbare Reduzierung der illegalen Migration erwarten lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit in Deutschland im Sinne von Artikel 72 AEUV auf,

gemäß Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes und § 18 Absatz 2 des Asylgesetzes umfassende Zurückweisungen von Personen ohne Recht zur Einreise vorzunehmen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**